

2274/J XXII. GP

Eingelangt am 09.11.2004

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Mag.^a Gisela Wurm, Lackner und GenossInnen
an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie

betreffend weitere Schließungen von Postämtern in Tirol und Vorarlberg

Vor zwei Jahren wurden in Tirol bereits 41 Postämter in Tirol und 13 in Vorarlberg geschlossen. Nun wird in den Medien die Schließung weiterer 400 Postämter kolportiert, was bedeutet, dass auch in Tirol und Vorarlberg die Anzahl an Postämtern noch weiter sinken wird.

Aufgrund der ländlichen Siedlungsstruktur in den beiden Bundesländern würde sich eine zweite Schließungswelle besonders negativ auf tausende Haushalte und deren Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen auswirken.

Die Schließung weiterer Postämter stellt eine fortschreitende Ausdünnung des ländlichen Raumes, einen Rückbau öffentlicher Infrastruktur und daher eine Einbuße an Lebensqualität in der unmittelbaren Wohnumgebung dar. Die Bevölkerung in Tirol und Vorarlberg ist nicht zuletzt auch wegen des mangelnden Informationsstandes zu Recht besorgt.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den zuständigen Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie nachstehende

Anfrage

1. Gibt es Pläne, in Tirol und Vorarlberg weitere Postämter zu schließen?
2. Wenn ja, welche Postämter wären davon betroffen (aufgelistet nach Bezirken)?
3. Wann sollen die Schließungen/Zusammenlegungen erfolgen?
4. Was sind die Gründe für die Schließungen?
5. Welches Einsparungspotenzial ergäbe sich daraus?
6. Welche Maßnahmen sind für die MitarbeiterInnen der geschlossenen Standorte geplant?
 - a. Wird es zu Frühpensionierungen kommen und wenn ja, in welchem Ausmaß?
 - b. Wird ein Sozialplan erarbeitet werden, wenn ja, mit welchen Maßnahmen und wenn nein, weshalb nicht?
7. Wie soll Ihrer Ansicht nach die Infrastruktur für BewohnerInnen ländlicher und kleiner Gemeinden gewährleistet bleiben, wenn durch eine neuerliche Schließung von Postämtern eine weitere Ausdünnung der Nahversorgung für ältere und wenig mobile Menschen droht?